

Vorsitzender Abg. Dr. Gries wies auf die Berichterstattung in der Presse hin, nach der es an der polnischen Grenze offensichtlich keine Verbesserungen gegeben habe. Das habe er zum Anlass genommen, die Verwaltung um einen Statusbericht zu bitten.

Ltd. KVetD Dr. Westarp nahm Bezug auf seinen Bericht in der 23. Sitzung des Umweltausschusses am 12.09.2019. Allgemein sei festzustellen, dass es im Osten Deutschlands eine veränderte Situation gebe. In den Bundesländern Brandenburg und Sachsen seien ca. 14 km von der polnischen Grenze entfernt vermehrt Wildschweinkadaver gefunden worden, die positiv auf die ASP getestet worden seien. Im Westen von Belgien her habe sich die Situation dagegen stabilisiert. Der Ausbruchsherd in Belgien sei ca. 60 km von der deutschen Grenze entfernt gewesen. Seit Dezember 2019 gab es nur noch 2 positive Befunde zu vermelden. Somit scheine sich die Lage deutlich zu verbessern. Ähnlich wie in Tschechien könne es Belgien offenbar gelingen, die ASP vollständig auszurotten.

Die polnischen und deutschen Behörden arbeiteten eng zusammen. An der polnischen Grenze zu den Bundesländern Brandenburg und Sachsen würden wilddichte Zäune aufgestellt, um ein Übertreten der Wildschweine nach Deutschland möglichst zu verhindern. Das sei auch in Belgien in relativ großem Umfang gemacht worden, so dass eine Weiterverbreitung der ASP nach Luxemburg, Frankreich und Deutschland verhindert worden sei. Die Gefährdung sei allerdings unverändert hoch, da die ASP über weite Entfernungen übertragen werden könne. Der Rhein-Sieg-Kreis sei daher nach wie vor in Alarmbereitschaft.

Das Kreisveterinäramt habe im Herbst 2019 eine große Übung mit anderen Kreisen durchgeführt. Dabei habe man sich insbesondere mit der Kadaversuche, -bergung und -beseitigung befasst, da dies einen wesentlichen Punkt in der Bekämpfung der ASP darstelle. In den Winterveranstaltungen der LWK habe man in mehreren Veranstaltungen intensiv die Landwirte einerseits sensibilisiert, andererseits auch versucht zu beruhigen. Man habe darüber informiert, wie die Eingriffsmöglichkeiten aussähen, wenn die ASP im Kriegsgebiet aufträte (z. B. Ernteverbot, Betretungsverbot). Auch für die Forstwirtschaft könne die ASP große Einkommenseinbußen zur Folge haben. Man habe für den Fall eines Ausbruchs darum geworben, eng mit der Land- Forstwirtschaft zusammenzuarbeiten.

Die in der 23. Sitzung vorgestellten Wildcontainer seien bestellt worden. In diesen Containern würden dann im Ausbruchsfall alle erlegten Kadaver gesammelt und untersucht, bevor sie für den Verzehr freigegeben würden. Das Veterinäramt habe für den Rhein-Sieg-Kreis einen Bekämpfungsplan erarbeitet, in dem alle in einem Ausbruchsfall erforderlichen Maßnahmen aufgeführt seien.